

Deutsche Willkommenskultur:

Abschiebung ins Elend - Massenverhaftungen möglich machen?

Die Bundesregierung hat Gesetzesvorhaben zur weiteren Verschärfung des Asylrechts beschlossen. Es ist beabsichtigt die Möglichkeiten zur Inhaftierung von Geflüchteten massiv auszuweiten. Die 2. und 3. Lesung soll bereits am 2.7.2015 statt.

Die in Politikerreden so gerne bemühte „Willkommenskultur“ heißt dann für die meisten Geflüchteten wohl eher Freiheitsentziehung und Haft - wenn wir dies nicht verhindern. In den kommenden Wochen soll mit den Stimmen von SPD und Union die nunmehr dritte asylpolitische Reform innerhalb eines halben Jahres verabschiedet werden, das sogenannte „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“. Kernstück ist ein Massen-inhaftierungsprogramm. Im Gesetzesentwurf werden eine ganze Reihe neuer Haftgründe definiert:

- alle Geflüchtete, die schon einmal in einem anderen EU-Staat registriert wurden - Abschiebungshaft.
- alle Geflüchtete, die bei ihrer eigenen Abschiebung angeblich nicht mitwirken - Abschiebungshaft.
- alle Flüchtlinge, denen unterstellt wird mehr als 3000 Euro an Fluchthelfer_innen gezahlt zu haben – Abschiebungshaft.

Abgesichert wird das Inhaftierungsprogramm durch die Ausweitung von Einreisesperren. Nunmehr sollen alle Geflüchtete aus sicheren Herkunftsstaaten, deren Asylanträge als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt werden, automatisch eine Einreisesperre erhalten, auch wenn sie freiwillig ausreisen. Und eine solche Einreisesperre gilt nicht nur für Deutschland, sondern für den gesamten Schengen-Raum, also für alle EU-Länder. Die Folge wird sein, dass diese Geflüchteten ihre Herkunftsländer nicht mehr verlassen können, denn um sie herum ist Schengenland, und da gilt die Einreisesperre.

Mit den geplanten Gesetzesverschärfungen für Geflüchtete wird auch die Grundlage geschaffen, um die bereits nach den Dublin 2 und Dublin 3 Abkommen möglichen Abschiebungen von Flüchtlingen in die angrenzenden EU-Ländern zügig durchzuführen. Es ist allerhöchste Zeit dieses perfide Machwerk zu verhindern!

Wir fordern alle auf sich dieser verlogenen Doppelmoral zu verweigern und dieser rassistischen Gesetzgebung nicht zuzustimmen.



Abschiebehaft und Abschiebeknast als Willkommenskultur?

Noch dieses Jahr soll ein neuer Abschiebeknast in Baden-Württemberg errichtet werden, im Gespräch ist das Gelände der Bereitschaftspolizei in Bruchsal. Wenn es somit konkret um die Lebenssituation von Geflüchteten geht, entpuppen sich viele Lippenbekenntnisse der sogenannten "Mitte" für eine "Willkommenskultur" schnell als eine verlogene Floskel. Struktureller Rassismus und die systematische Einschränkung des Asylrechts sowie ein rassistisches Staatsangehörigkeitsrecht sind schon seit vielen Jahren Nährboden für rechtspopulistische und rassistische Strömungen.

Keine Abschiebehaft für Geflüchtete - Keinen Abschiebeknast für Baden-Württemberg

Wer für sich in Anspruch nimmt, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung einzutreten, muss auch die Verteidigung der Rechte der Geflüchteten als eigene politische Aufgabe und Herausforderung begreifen. Die Durchsetzung von Forderungen wie z.B. Bedingungsloses Bleiberecht, Verbot von Abschiebehaft und Abschiebungen, Globale Bewegungsfreiheit, Gleiche soziale Rechte für alle, Abschaffung des AsylbLG, Aufhebung von diskriminierenden Sondergesetzen, Abschaffung des Dublin-Systems zu kämpfen, ist die Aufgabe von uns allen.

**Kein Mensch ist illegal. Jeder der hier ist gehört auch hierher.
Bleiberecht, Globale Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle - weltweit.**

Stoppt die Sammelabschiebungen vom Baden Airpark

Kontakt: AKI Karlsruhe, Steinstr.23, 76133 KA - info@aki-karlsruhe.de und
AntiRa AK der IL KA - il-karlsruhe@riseup.net, www.ilkarlsruhe.blogspot.de
(beide Mitglied im Antirassistischen Netzwerk Baden-Württemberg)